

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf zc.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Postgebühren) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Anzeiger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. Anzeigen erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für auswärtige 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2 gespaltene Zeile im amtlichen Teil 50 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 95. Fernsprecher Nr. 151. Sonnabend, den 26. April 1913. Geschäftsstelle Bahustraße 3. 40. Jahrgang

Sahrmarkt in Hohenstein-Ernstthal

Montag und Dienstag, den 5. und 6. Mai 1913.

Am Sonntag, den 4. Mai d. J., ist das Auspaden und der Warenverkauf von 11 Uhr vormittags an gestattet.

Der Stadtrat.

Freibaut Hohenstein-Ernstthal.

Gefochtes Rindfleisch, Pfd. 45 Pfg.

Der Balkanwirrwarr.

Stutari, auf dessen Festungswerken die montenegrinischen Fahnen flattern, soll unter keinen Umständen im Besitze des Königs Nikita bleiben. Oesterreich hat in einem Zirkularanagramm an die Mächte verlangt, daß diese an König Nikita ein Ultimatum richten, binnen 48 Stunden Stutari zu räumen, widrigenfalls Oesterreich-Ungarn im Einvernehmen mit seinen Verbündeten seine politischen Rechte selbst walzen werde. Gleichzeitig ließ der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, die Regierungen der übrigen Großmächte um strenge Maßnahmen gegen Montenegro ersuchen. Daß dieses in kürzester Frist Stutari gegen entsprechende Geld- und Gebietsentschädigungen zu räumen gezwungen sein wird, wird man hoffen dürfen; ob sich die Räumung ausgerechnet in 48 Stunden bewirken lassen wird, steht dahin. Darauf kommt es auch nicht an. Die Hauptsache ist, daß sie bald erfolgt, bevor die Montenegriner sich an den Besitz gewöhnt haben.

Vom Verhalten Rußlands

hängt alles weitere ab. Der Ministerpräsident Kolozew und der Minister des Auswärtigen, Sazonow, sind zwar entschlossen, die Konsequenzen aus ihrer Zustimmung zu den Londoner Vorschlägen zu ziehen, wonach Stutari an Albanien fällt. Aber mächtiger als das offizielle Rußland wird unter Umständen das Slaventum im Jarenreich. Dieses ist durch den Fall Stutari in weit stärkere Erregung versetzt worden als durch die Eroberung Janinas oder Adrianopels und ergeht sich in begeisterten Kundgebungen für das slavische Montenegro. Wohin diese Bewegung führen wird, läßt sich noch gar nicht absehen. Die Regierung in Petersburg hatte die Möglichkeit der Eroberung Stutari durch die Montenegriner für ausgeschlossen gehalten und danach sein Verhalten in der Wladadefrage eingerichtet. Gleichwohl herrscht bei ihr auch jetzt noch die Auffassung vor, daß der Sieg Montenegros den Willen Europas nicht beeinflussen dürfe. Rußlands Meinung ist die, daß sich Montenegro nach der Rettung seiner Waffenherr mit den ihm angebotenen Kompensationen begnügen müßte. Auf keinen Fall würde die Regierung jedoch zulassen, daß Oesterreich ein antislavisches Mandat auf dem Balkan erhalte und zum Erretter der Großmächte würde. Sollte Montenegro auf seiner Unnachgiebigkeit beharren, so wäre die internationale Wladade zu verschärfen. Da Montenegro sich aus dieser nichts macht, so ist und bleibt die Lage ernst. Zum Kriege dürfte es Rußland gleichwohl nicht kommen lassen, schon weil Englands Politik auf strikte Vermeidung internationaler Konflikte gerichtet ist. Aber es sei noch einmal gesagt, das verantwortliche und das unverantwortliche Rußland sind zwei verschiedene Größen.

In Uebereinstimmung mit Rußland herrscht

auch in Frankreich starke Abneigung gegen ein Sondervorgehen Oesterreichs. Die Pariser Blätter, auch die der Regierung nahe stehenden, verlangen, daß die Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege durch eine Gebietsentschädigung an Montenegro gelöst werden. Die Londoner Presse erklärt, Englands Haltung bleibe unverändert die vom Staatssekretär Grey gekennzeichnete: Wir sind mit den anderen Mächten übereingekommen, daß ein autonomes Albanien bestehen soll, zu dem Stutari gehört. Wir beabsichtigen, an diesem Abkommen festzuhalten. Europa wird die Mittel finden, um sein wohlüberlegtes und einmütiges Urteil gegen alle, die ihm widerstreben möchten, durchzusetzen.

Die Dreieinmächte sind einig.

Die Wiener Regierung weiß, daß Deutschland seine Bündnistreue halten und durch moralische Einwirkung auf die anderen Mächte beweisen wird. In Italien befinden sich Regierung und Volk in Uebereinstimmung darüber, daß Stutari albanisch bleiben muß, daß dessen Eroberung jedoch Montenegros Ansprüchen auf eine größere Gebietsentschädigung zufließen könnte. Eine einseitige Aktion Oesterreichs wünscht man zu verhüten, wird aber, wenn die Londoner Konferenz Oesterreich und Italien mit einem Mandat gegen Montenegro beauftragt, das Mandat ohne weiteres annehmen und durchzuführen. Italien und Oesterreich bleiben einig. Italien wird auf der Londoner Vorschlägerkonferenz an der Seite Oesterreichs dafür eintreten, daß Montenegro, wenn es Stutari nicht freiwillig herausgibt, mit militärischen Mitteln dazu gezwungen wird.

Der englische Premierminister Asquith feierte auf einem ihm von den ausländischen Journalisten veranstalteten Bankett, dem die Votschafter Deutschlands, Italiens und Frankreichs beizutreten, die heilsame Arbeit der Londoner Votschafterkonferenz und sprach die Hoffnung aus, daß auch die Schwierigkeiten wegen Stutari friedlich gelöst werden würden, da die Regierungen der Großmächte alle von dem gleichen, offenkundig freundschaftlichen Geiste befeuert seien.

In den maßgebenden Berliner Kreisen hofft man, daß die mühsam errungene Einigkeit der Mächte auch nach Stutaris Einnahme erhalten bleiben und daß diese Frage gemäß den Vorschlägen der Londoner Votschafterkonferenz friedlich erledigt werden wird.

König Nikita

sagte in einer Ansprache an die jubelnde Bevölkerung Cetinjes, mit der Besetzung Stutari, dieser alten montenegrinischen Stadt, ist ein lange gelegter Traum Montenegros in Erfüllung gegangen. Stutari ist von jetzt ab montenegrinisch und wird dem Lande zu neuer Blüte verhelfen. Es lebe das montenegrinische Stutari! Und bei einer anderen Gelegenheit äußerte der König, der viel mit dem russischen Bevollmächtigten konferiert: Die Begeisterung des Landes über die Ero-

berung Stutari ist ebenso groß wie die Erschütterung sein würde, wenn die Festung den Montenegrinern wieder genommen werden sollte, für die das Land fast verblutete. Sollte Europa die Loslösung beabsichtigen, dann müßte es sie auch durchführen. Der heldenhafte Tapferkeit der türkischen Verteidiger Stutaris sollte der König höchste Anerkennung. Die Waffenruhe zwischen der Türkei und Bulgarien wurde bis zum 4. Mai verlängert.

Tagesgeschichte.

Der Kaiser

traf am Donnerstag nach beendetem Gomburger Aufenthalt in Mex. ein. Am Nachmittag fand bereits eine Besichtigung von Forts statt, woran sich abends ein Diner beim Präsidenten Freiherrn von Gemmingen schloß. Heute Freitag soll eine militärische Übung bei Grabelotte stattfinden und nachmittags wiederum eine Besichtigung von Forts.

Eine streng vertrauliche Sitzung

hielt die Budgetkommission des Reichstags am Donnerstag ab. In ihr gab der Reichsfinanzminister Erklärungen über die auswärtige Lage zur Begründung der Bevorzugung ab. Am heutigen Freitag tritt die Kommission noch einmal zusammen, um die vertrauliche Aussprache vorzunehmen. Nach einigen Meldungen soll im unmittelbaren Anschluß daran mit der Beratung der Bevorzugung begonnen werden. Nach anderer Darstellung wird man mit dieser Beratung erst nach dem Ende der Pflanzpause am 26. Mai beginnen. Man rechnet auf die Durchberatung der Bevorzugung 6-8 Sitzungstage, auf die der Deckungsbeitrag mindestens vier Wochen. Danach wäre die Erledigung des gesamten Begehres erst im Juli zu erwarten.

Zum außerordentlichen Wehrbeitrag

bestätigt die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf Grund des Wortlauts des Gesetzes, daß die Banken zur Auskunfterteilung über die Guthaben ihrer Kunden nicht verpflichtet sind, und daß es für den Umfang der Beitragspflicht gleichgültig ist, ob das Kapitalvermögen sich im Auslande oder im Inlande befindet. Der Beitragspflichtige hat aber auch kein weiteres Eindringen der Veranlagungsbehörde zu befürchten, wenn er kein Kapitalvermögen bei einer inländischen Bank in Verwahrung gegeben hat. Das Gesetz über die Beitragspflicht entfällt also keinerlei Anreiz, Bankdepots ins Ausland zu geben.

Der Entwurf über die Beihilfe an Kriegsteilnehmer

der vom Bundesrat angenommen wurde, sieht eine allgemeine 25prozentige Erhöhung der Beihilfen auf den Jahresbeitrag von 150 Mk. vor, ferner die Gewährung des Gnadenvierteljahres für die Witwen der Beihilfeneempfänger ein und macht die Gewährung bei dauernder Unterhaltungsbedürftigkeit nicht mehr von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit abhängig. Ebenso fällt jede ärztliche Untersuchung fort. Die Feststellung der Fürsorgebedürftigkeit und das politische Verhalten bleibt außer Betracht. Endlich dehnt der Entwurf die Fürsorge des Reiches auf die ehemals französischen Soldaten elsaß-lothringischer Herkunft aus, die in den Jahren 1870/71 an den Kämpfen gegen die Eingeborenen in Algier teilnahmen oder frühere Kriege Frankreichs mitmachten. Die Elsaß-Lothringer, die 1870/71 auf Seiten Frankreichs fielen, befreit die Anwartschaft auf die Beihilfen bereits.

Ein diamantenes Dienstjubiläum.

Am morgigen Sonnabend feiert der Generalmajor Graf von Haefel, Chef des 11. Infanterie-Regiments in Saarburg, das 60-jährige Militärdienstjubiläum. Graf von Haefel, der im 78. Lebensjahre steht, kam 1853 aus dem Kadettenkorps als Leutnant in das Pommern-Infanterie-Regiment und war zuletzt, von 1890 bis 1903, kommandierender General des 16. (lothringischen) Infanterie-Regiments in Metz. Der Feldmarschall beabsichtigt, seinen Ehrentag in aller Stille auf seinem Gute „Harnepel“ bei Frankfurt a. d. Oder zu verleben.

Der Kaiser

Verfassungsänderung in Rußl. d. L.
Die Regierung des Fürstentums Rußl. d. L. hat dem Landtag eine Vorlage zur Abänderung der Verfassung zugehen lassen. Sie soll verhüten, daß infolge Zunahme der zum größten Teile der sozialdemokratischen Partei angehörenden industriellen Arbeitnehmer unter den zur Vornahme der allgemeinen Wahlen berechtigten Wählern im Landtage des Fürstentums der Einfluß einer einzelnen Berufsklasse, einer einseitigen Interessengruppe und politischen Partei, ein überwiegendes Gefährde und die wirtschaftlichen Interessen benachteiligt würden, so lautet die Begründung der Regierung. Es wird vorgeschlagen, die beiden ersten Bürgermeister der Orte Gritz und Zeulenroda zu ständigen Mitgliedern des Landtages zu ernennen und außerdem einen weiteren Vertreter durch die Gemeindevorstände des plattens Landes zu wählen. Der Landtag würde, statt aus 12, dann aus 15 Abgeordneten gebildet.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Die Zahl der streikenden Bergleute Oberschlesiens wird heute von den christlichen Gewerkschaften auf 80 000 angegeben. Die Streikbewegung wächst noch. Die Grubenverwaltungen beschließen nacheinander, die Forderungen der Arbeiter entschieden abzulehnen. Verschiedene Werke verzeichnen bereits Kohlenmangel.

Die deutsch-französischen Luftrechtsverhandlungen sollen bis zum Eintritt eines allgemein gültigen, internationalen Luftschiffahrtsrechtes ein für die beiden Länder gültiges Provisorium schaffen, das zweifellos zur Verhütung der durch die bekannten Vorfälle der letzten Zeit etwas nervös gewordenen Völker dienen wird. Unabhängig von diesen Verhandlungen ist die nachträgliche Unternehmung von Befragungen der Mannschaft des „J. 4“ bei der Luneville-Landung. Diese Unternehmung ist um so gerechtfertigter, als die Erregung über die Vorfälle in Nancy in Deutschland nachhaltig ist. Selbst das demokratische „Berliner Tagebl.“ weist in sehr tadelnden Worten auf den Verfall ordinärer, Deutschland beleidigender Postkarten in jedem Kramladen Frankreichs hin.

Zum bedingten Wagnadigungsrecht in Württemberg

machte der württembergische Justizminister vor der Zweiten Kammer die interessante Mitteilung, daß von den Beurteilten, die der bedingten Wagnadigung nicht teilhaftig geworden, 30,42 Prozent rückfällig geworden seien, während von den bedingt Wagnadigten nur 27,66 Prozent rückfällig geworden sind. Man sieht, Güte besser!

Rumänische und russische Waffenbestellungen in Deutschland.

Die bergische, namentlich die Solinger Waffenzubehörer, erhielten große ausländische Aufträge. Rumänien machte eine verhältnismäßig große Bestellung an Artillerie- und Kavalleriewaffen, die größtenteils in vier Wochen geliefert werden sollen. Auch die russische Regierung erbat einen bedeutenden Auftrag in Waffen, der auf fast alle Waffenfabriken verteilt wurde. Dieser Auftrag wurde bei der Bestellung gleich bezahlt, natürlich unter Vorbehalt der Abnahmeprüfung.

Ende des belgischen Generalfeldzugs.

Der von etwa 1000 Delegierten besuchte

Gegründet 1884.

Konfektions- und Schuhhaus

Paul Ziessler

Oelsnitz i. E., direkt an der Strassenbahnlinie.

Große Auswahl in moderner

Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion

— Schuhwaren —

Herren-Artikel, Hüte, Krawatten, Oberhemden, Bunte Westen.

Niedrigste Preise. — Täglich Eingang von Neuheiten. — Reelle Bedienung.

Gegründet 1884.

Freie Fahrt nach Oelsnitz i. E.

bei Einkäufen von 10 Mk. an einfache Fahrt,

bei Einkäufen von 15 Mk. an doppelte Fahrt!

Beachten Sie meine 4 Schaufenster!